

Europas Straßen sind weltweit am sichersten – und doch bin ich voller Ideen, wie wir noch besser werden könnten

## Zahl der Verkehrstoten in der EU erneut leicht zurückgegangen

Die europäische Verkehrssicherheitspolitik, an der ich als stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des EU-Parlaments maßgeblich beteiligt bin, fruchtet: Die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle auf Europas Straßen ist 2017 erneut leicht zurückgegangen.

Dies belegen die Daten, die die EU-Kommission vergangene Woche veröffentlicht hat. 2017 kamen demnach in der EU 25.300 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben – das waren 300 weniger als 2016 (ein Rückgang um zwei Prozent) und 6.200 weniger als 2010 (ein Rückgang um 20 Prozent). Für mich waren es jedoch noch immer 25.300 Menschen zu viel! Mit durchschnittlich 49 Straßenverkehrstoten je eine Million Einwohner waren Europas Straßen 2017 nach wie vor die weltweit sichersten.

Die wenigsten Verkehrstoten verzeichnet Schweden mit 25, die meisten Rumänien mit 96 Straßenverkehrstoten je eine Million Einwohner. Die größten Fortschritte hat Estland gemacht: Dort ist die Zahl um 32 Prozent inner-

halb eines Jahres gesunken. Deutschland verzeichnet 38 Verkehrstote je Million Einwohner, was einen Rückgang um ein Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Diese Entwicklung ist zwar ermutigend, doch dürfte es sehr schwierig sein, das EU-Ziel, die Anzahl der im Straßenverkehr tödlich Verunglückten zwischen 2010 und 2020 zu halbieren, noch zu erreichen.

Die EU-Kommission arbeitet einen neuen Rechtsrahmen für die Straßenverkehrssicherheit für die Jahre 2020 bis 2030 aus. Unter anderem wird sie den verpflichtenden Einbau von sicherheitsrelevanten Fahrerassistenzsystemen in Neufahrzeuge (wie etwa den automatischen Notbremsassistenten oder den Spurhalteassistenten) vorschlagen, die ich in meinem Initiativbericht zur Straßenverkehrssicherheit gefordert habe. Dieser wurde im November vergangenen Jahres mit überwältigender Mehrheit vom EU-Parlament angenommen. Darüber hinaus fallen mir noch viele unbürokratische, nahezu kostenneutrale Maßnahmen ein, die generelle Geschwindigkeitsbegrenzungen auf unseren Autobahnen ausschließen!

Gemeinsame Fischereipolitik (GFP)

## Wird die Idee eines EU-weiten Umweltgütezeichens weiterverfolgt?

Mehrere EU-Parlamentarier, darunter auch ich, haben eine schriftliche Anfrage zum Thema „EU-Umweltgütezeichen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse“ an die EU-Kommission gestellt.

Wir wollen wissen, ob die Idee dieses Gütezeichens weiterverfolgt wird und ob es einen konkreten Gesetzesvorschlag dazu geben wird (und falls nicht, welche Al-

ternativen angestrebt werden). Bis jetzt handelt es sich bei den meisten Umweltgütezeichen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse um private Siegel, die denjenigen in der Forstwirtschaft vergleichbar sind. Die Anerkennung der Systeme in den EU-Mitgliedstaaten ist unterschiedlich, eine spezielle EU-Regelung gibt es nicht, mit Ausnahme der Zertifizierung von biologischen Erzeugnissen.

## Aus dem Europäischen Parlament

### Parlamentswahlen in Ungarn

## „Wir sollten uns nicht dazu treiben lassen, Fidesz zu verbannen“

Der EU-kritische Regierungschef Viktor Orbán hat die Parlamentswahl in Ungarn mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit deutlich gewonnen.

Und das nun schon zum dritten Mal in Folge. Seine rechtsnationale Fidesz-Partei konnte 134 der 199 Parlamentssitze besetzen und hat damit freie Hand für Verfassungsänderungen. Eindeutiger hätte die Wahl nicht ausfallen können.

Doch wie ticken die Ungarn? Vielleicht genauso wie die Deutschen, nur stand bisher kein „deutscher“ Orbán zur Wahl? Wir sollten deshalb nicht verächtlich und über-

heblich auf die Fidesz schauen und uns als Christdemokraten schon gar nicht von Linken und Grünen dazu treiben lassen, die Fidesz aus der politischen Familie der Europäischen Volkspartei (EVP) zu verbannen. Vielmehr sollten wir analysieren, analysieren und nochmals analysieren, weshalb Victor Orbán wieder mit absoluter Mehrheit regieren kann. Und wir müssen ihm klarmachen, dass anti-europäisches Reden nicht mit dem „Einsammeln“ von Vorteilen aus Europa kompatibel ist. Ich rege an, ihn erneut ins Europäische Parlament einzuladen und mit ihm zu diskutieren – sowohl im Plenum als auch in der EVP-Fraktion.

### Lücken im Steuerrecht werden geschlossen

## Erstmals Einheitsregeln zur Berechnung von steuerbarem Gewinn

Das Parlament hat einer gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKB) sowie deren Konsolidierung (GKKB) zugestimmt.

Damit sollen Lücken im Steuerrecht geschlossen werden, die es derzeit weltweit tätigen Unternehmen ermöglichen, ihre Steuerschuld drastisch zu verringern. Die GKKB wird dafür sorgen, dass Unternehmen ihre Gewinne nicht künstlich kleinrechnen oder in andere EU-Länder verschieben können, nur um ihre Steuerlast zu senken. Künftig werden sie ihre Steuern dort bezahlen müssen, wo Gewinne gemacht werden. Dies hatte das EU-Parlament schon 2015 gefordert, allerdings waren einige Mitgliedstaaten von der Idee wenig begeistert. Deswegen hat sich das Thema immer wieder hingezogen. Ganz ausgestanden ist die Sache aber noch nicht: Der Entwurf geht jetzt in die sogenannten Trilogverhandlungen mit Vertretern der EU-Kommission, des Parlaments und der Mitgliedstaaten.

Nach Angaben der EU-Kommission entgehen der EU jedes Jahr allein durch die Umgehung der Körperschaftssteuer durch Gewinnverlagerung etwa 50 bis 70 Milliarden Euro. Mit der GKKB wird Unternehmen anstelle von unterschiedlichen nationalen Regelungen erstmals ein EU-weit einheitliches Regelwerk zur Berechnung ihrer steuerbaren Gewinne in der EU an die Hand gegeben. Damit können sie für ihre gesamte Geschäftstätigkeit in der EU bei ihrer inländischen Steuerverwaltung eine einzige Steuererklärung abgeben. Das dient auch der Entbürokratisierung. Bei den anstehenden Beratungen geht es derzeit nur um die Bemessungsgrundlage, nicht aber um die Körperschaftsteuersätze, da diese eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten sind und national festgelegt werden. Die GroKo Deutschlands will allerdings mehr! Man höre und staune: Sie will in Absprache mit Frankreich bei der Körperschaftsteuer in der EU nicht nur die GKKB, sondern auch Mindeststeuersätze einführen!!!

**Die Umweltrelevanz von Haushalts- und Bürogeräten wird hinterfragt:** In einer öffentlichen Konsultation zur geplanten Überarbeitung des EU-Ökodesign-Regelwerks steht die Anpassung der Vorschriften an den technischen Wandel im Vordergrund. Es geht dabei um die Anforderungen an den Stand-by-Betrieb, Abschaltanlagen und den Stromverbrauch von elektrischen und elektronischen Geräten. Mehr Informationen zur Konsultation, an der Sie sich bis 24. Mai beteiligen können, finden Sie hier: <http://bit.ly/2FRqyk9>

## Aus dem Europäischen Parlament

Acrylamid ist gefährlicher als Fipronil, Glyphosat und Stickoxide

### „Dass Deutschland sich damals enthalten hat, ist sehr befremdlich“

Vergangene Woche trat die europäische Acrylamid-Verordnung in Kraft.

Sie soll den krebserregenden Stoff Acrylamid, der vor allem in frittierten, gerösteten und gebackenen Produkten wie Pommes Frites, Kroketten oder Kartoffelchips vorkommt, reduzieren. Acrylamid gilt als wesentlich gefährlicher als das aus den Eier-Skandal bekannte Fipronil, das Pflanzenschutzmittel Glyphosat und Stickoxide, die gerade die Diskussion um Diesel-Fahrverbote in Deutschland bestimmen. Die Verordnung legt verbindliche Vorschriften fest, wie der Acrylamidgehalt in bestimmten Lebensmittelgruppen verringert werden soll. So sollen zum Beispiel die Hersteller von Pommes und Chips künftig Kartoffelsorten benutzen, die weniger Stärke enthalten. Darüber hinaus dürfen sie ihre Produkte nicht mehr so heiß und nicht mehr so lange frittieren oder rösten. Auch die richtige Lagerung der Kartoffeln ist wichtig, weil sie sonst mehr Zucker bilden, was die Bildung von Acrylamid begünstigt.

Um die besondere Situation von kleinen Unternehmen wie Restaurants und Bäckereien zu berücksichtigen, haben wir hier pragmatische Lösungen gefunden. Für sie gelten lediglich Empfehlungen, wie sie die Nahrungsmittel zubereiten sollen. Interessanterweise hat sich die Bundesregierung bei der Abstimmung zur Acrylamid-Verordnung enthalten. Allerdings nicht, weil sie die Regelung zu streng oder zu bürokratisch fand, sondern weil sie noch strengere Regelungen wollte. Ihr gehen die Ausnahmen, die kleinen

Betrieben gewährt werden, zu weit!!!

Deutschland trat dafür ein, verbindliche Höchstgehalte für Acrylamid in Lebensmitteln festzulegen. Die jetzt in Kraft getretene Verordnung sieht nur Richtwerte vor. Das heißt, dass Lebensmittel nicht aus dem Verkehr gezogen werden, wenn sie die Richtwerte überschreiten, sondern die Betriebe nur Maßnahmen zur Verringerung ergreifen müssen. Dass Deutschland damals mit dieser Idee nicht mitgehen konnte, ist sehr befremdlich. Auch weil der seinerzeit zuständige Landwirtschaftsminister die Verordnung öffentlich als „nicht praktikabel und überflüssig“ bezeichnet hat. Sie werde als Belastung empfunden und sei Gängelei. Dies ist mal wieder eines von vielen Beispielen, wo Beamte aus den Mitgliedstaaten eine bürokratische Position vertreten und die zuständigen Politiker in Berlin sich distanzieren!



Das Aufkommen von Acrylamid in Speisen hängt vom Zucker- und Stärkegehalt der Nahrungsmittel ab. Es entsteht beim Backen, Rösten oder Frittieren. Sobald die Temperatur über 170 bis 180 Grad steigt, steigt auch der Acrylamid-Wert schlagartig. Ein großer Teil der Acrylamidbelastung entsteht durch selbst zubereitete Speisen. Hier kann jeder Bürger etwas für seine Gesundheit tun, beispielsweise bei der Zubereitung von Toast, Pommes oder Bratkartoffeln. Informationen hat zum Beispiel die Verbraucherzentrale unter diesem Link zusammengefasst: <https://bit.ly/2HovXQx>

Connecting Europe Facility (CEF)

### Deutschland ist der zweitgrößte Empfänger aus diesem Fonds

Erst die Diskussion um den neuen mittelfristigen Finanzrahmen brachte es an den Tag: Deutschland profitiert außerordentlich stark von CEF.

CEF steht für einen der größten europäischen Finanztopfe in den Jahren 2014-2020. Deutschland ist der zweitgrößte Empfänger aus diesem Fonds (nach Polen!). Mit 2,2 Milliarden Euro konnten bis zum Sommer 2017 vor allem Investitionen in die deutsche Verkehrs-

infrastruktur getätigt werden. Insgesamt hatte die EU-Kommission bis Mitte letzten Jahres 1.852 Projektförderanträge erhalten, mit einem Gesamtvolumen von über 50 Milliarden Euro. Geld hatte der Topf allerdings nur für 950 Vorhaben (etwa 24 Milliarden Euro). Im Rahmen der unsäglichen Diskussion um die Zahlungen Deutschlands in den Haushalt der EU müssen wir immer auch die Leistungen und die neuen Aufgaben, die die Staats- und Regierungschefs der EU übertragen haben, beachten.

Thüringer Staatskanzlei lehnt Ausstellung zu Werten der EU ab

### Linke Entscheidung in Reinkultur: „Wozu EU“ ist nicht erwünscht!

„Aus Gründen der Überparteilichkeit können wir diese Ausstellung in den Räumen des EIZ jedoch nicht zeigen“, so die Antwort der Thüringer Staatskanzlei auf die Anregung des überparteilichen und unabhängigen Vereins „Europäische Bewegung Thüringen“ zur zeitweiligen Installation der von mir erarbeiteten Wanderausstellung „Wozu EU“. Mir fehlen die Worte. Die Zensur lässt grüßen!

Das ist linke Entscheidung in Reinkultur!

Die Ausstellung wird am 23. April um 19:00 Uhr in der Sparkasse Mittelthüringen in Weimar eröffnet. Sie bietet den Hintergrund für einen Gedankenaustausch mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Schülerinnen und Schülern. Diverse Schulen haben sich bereits für die „Europawoche“ angemeldet. Ich danke der Sparkasse für diese Möglichkeit.

Europäischer Wettbewerb: 2018 erstmals ohne mich!

### „Preise darf ich liefern, aber nicht in Erscheinung treten!“

Das Thüringer Bildungsministerium untersagt mir die Auszeichnung Jugendlicher, bietet aber an, meine Unterstützung zu erwähnen! Auf welchem Niveau sind wir angekommen?

dass der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow die Auszeichnung gemeinsam mit dem Marschall von Malopolska durchführt und dass für mich da aus besagtem Grund kein Platz sei. Man wolle mich aber als Unterstützer erwähnen.

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) lud mich vor Wochen – wie seit ungefähr 20 Jahren – ein, an der Auszeichnung von Preisträgern des mittlerweile 65. Europäischen Wettbewerbs teilzunehmen und gleichzeitig jedem Auszuzeichnenden ein Präsent zur Verfügung zu stellen. Nun erhielt ich die Information,

Auf welchem Niveau sind wir angekommen? Preise darf ich liefern, aber nicht in Erscheinung treten! So dreist können nur Linke sein! Das hätte sich kein christdemokratischer Regierungschef gewagt. Die Zeit für einen Wechsel ist überreif – sonst verkommt Thüringen noch vollends zu einer unbedeutenden sozialistischen Bergregion!

Europamedaille der EVP-Fraktion

### Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für mögliche Kandidaten

Wie jedes Jahr werde ich auch 2018 bei meinem Europafest in Weimar die Europamedaille verleihen.

Die Auszeichnung wird von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament an Einzelpersonen, Unternehmen und Vereine vergeben, die sich über einen längeren Zeitraum für ein besonderes europarelevantes Engagement verdient gemacht haben. Gern nehme ich

wieder Vorschläge für mögliche Kandidaten entgegen. Bitte reichen Sie Ihren Auszeichnungsvorschlag mit Kurzbe-gründung (maximal eine DIN A4-Seite) bis zum 10. Juni in meinem Weimarer Büro ein. Die Mitglieder des Vorstandes der EVP, zu der die deutschen Christdemokraten gehören, entscheiden über die Vergabe der Medaille.



**Kroatische Kommune sucht Partner:** Die im Nordwesten Kroatiens gelegene Stadt Ludbreg (8.478 Einwohner) sucht Partner für ein Vernetzungsprojekt, das sich dem Schwerpunktthema „Förderung des interkulturellen Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses und Bekämpfung der Stigmatisierung von Migranten und Minderheiten“ widmet. Bei Interesse wird um Rückmeldung bis Ende Mai gebeten. <https://bit.ly/2vbpeEv>

## Service und Termine

### ★ Erasmus+ wird um online-Variante erweitert

Das renommierte EU-Programm Erasmus+ hat seine Mobilitätsmaßnahmen um ein Online-Angebot ausgebaut. Ziel ist es, mehr Studierende und junge Menschen aus Europa und aus den Ländern der südlichen Nachbarschaft der EU auf virtuelle Weise zusammenzubringen. Weitere Informationen gibt es hier:

<https://europa.eu/youth/erasmusvirtual>

### ★ Petitionsaufruf „Kultur unterstützen“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU fordert das Europäische Netzwerk für kulturpolitische Entwicklung in Europa, Culture Action Europe, alle Bürgerinnen und Bürger sowie Akteure im Bereich Kunst und Kultur in den Mitgliedstaaten dazu auf, die Petition »Kultur unterstützen bedeutet Europa unterstützen« zu unterschreiben. Gefordert werden, dass ein Prozent des Budgets jedes EU-Politikbereichs für Kultur verwendet wird, sowie die Verdopplung des Budgets für Kultur insgesamt. Wenn Sie die Petition unterschreiben möchten, können Sie dies hier tun: <https://bit.ly/2CKByKi>

### ★ Online-Rätsel zum Kulturerbe

Die eTwinning-Frühlingskampagne lädt alle eTwinner zu einer Online-Schatzsuche ein. Gemeinsam mit ihren Schülerinnen und Schülern können Lehrkräfte in den kommenden Wochen knifflige Rätselfragen lösen und den Geheimnissen des europäischen Kulturerbes auf die Spur kommen. Die Schatzsuche dauert bis zum 8. Mai, auf die Gewinner warten attraktive Preise. Der Zugang erfolgt über eTwinning Live. Mehr Infos unter:

<https://bit.ly/2v6uoBD>

### ★ Hospitation von Lehrkräften in Großbritannien

Englischlehrer aller Schulformen und Lehrkräfte anderer Fächer mit guten Englischkenntnissen können sich

für eine ein- bis dreiwöchige Hospitation im Schuljahr 2018/2019 an einer Schule im Vereinigten Königreich bewerben. Die besten Vermittlungschancen haben Lehrkräfte, die bereits eine Partner- oder Gastschule in Eigeninitiative kontaktiert haben. Bewerbungen sind über den Dienstweg bis Mitte Mai möglich. Mehr Infos unter:

<https://bit.ly/2HwfOWQ>

### ★ Jugendmagazin sucht Verstärkung an Schulen

Das europapolitische Jugendmagazin „Treffpunkt Europa“, in dem Jugendliche über europäische Politik, Kultur und Gesellschaft berichten, sucht ehrenamtliche Verstärkung an Schulen: Schülerinnen und Schüler sind eingeladen, Texte mit Europabezug zu verfassen. Auch eine längerfristige Kooperation mit Teilnahme an einem Medienseminar speziell für Schüler ist denkbar. Interessierte Lehrkräfte können sich bei Kulturredakteurin Hannah Illing unter [hannah.illing@treffpunkteuropa.de](mailto:hannah.illing@treffpunkteuropa.de) melden. Website: [www.treffpunkteuropa.de](http://www.treffpunkteuropa.de)

### ★ Seminar zu „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Ein Seminar der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (29. Mai in Bonn) führt in das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« ein. Das Programm bietet finanzielle Unterstützung für eine Vielzahl von bürgernahen Projekten in Europa. Europabeauftragte von Kommunen, Aktive in Vereinen und anderen Organisationen, die internationale Begegnungen, Austausch- oder Kooperationsprojekte mit europäischen Partnern organisieren wollen, sind mit diesem Seminar angesprochen. Erläutert werden die Ziele und Themen, das Antragsverfahren sowie Beispiele geförderter Projekte. Zudem gibt es Raum für den Ideen- und Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern. Anmeldefrist ist der 18. Mai. Das gleiche Seminar findet auch noch einmal am 14. Juni in Berlin statt. Anmeldeschluss hierzu ist der 1. Juni. Weitere Infos unter: <http://www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/>